

aus dafür gesorgt, daß die Einwohnerwehren nicht im Dunkel der Verborgenheit gehalten wurden, seit die Zeit da war, sie mit Erfolg einzusetzen." Er hat vor allem von der Tribüne des bayerischen Landtags aus immer wieder "die Karten aufgedeckt" und wurde deshalb von den Augen gebungener Menschennörder, die den Kreisen der Einwohnerwehr angehörten, zu Boden gestreckt. Die Gerichte der Republik haben den Tod dieses verdienten Mannes bis heute noch nicht zu fähnen vermocht, obwohl sein Wirken gegen die verbrecherische Einwohnerwehr Dienst für die Republik im höchsten Sinne des Wortes war.

So groß die Gefahr der Einwohnerwehren in innerpolitischer Hinsicht war, so schwerer Natur waren auch die Konflikte, die sie außenpolitisch hervorrufen wollten. Escherichs zweite Todsfunde nämlich darin bestehen, daß er im Sommer 1921 auch geraten habe, dem Entwaffnungsgesetz der Entente nachzugeben. Die Einwohnerwehren hätten bis zum letzten Augenblick kämpfen müssen unter der Parole: "mag kommen, was da wolle".

"Den Arica hätten uns die Feinde sicher nicht erklärt, es wäre höchstens von den Franzosen das Raubrecht bestritten worden, aber wenn wir alles anrechnen, was wir selber dem Raubverband in den nimmerlatten Wochen werfen mußten. Können wir wohl sauen, daß, wenn wir damals hart geblieben wären, alle weitere Eroberung ein Ende gefunden und daß man uns auch nicht Oberösterreich genommen hätte!"

Wichtig ist das Ruhrgebiet besetzt, sonst nicht! Hier sehen wir die ganze Gefährlichkeit dieser Gesellschaft, deren Ideen politisch heute noch von den Deutschnationalen vertreten werden, denen auch Stresemann Gesellschaft leistet. Die Katastrophe, die sich aus der Besetzung des Ruhrgebietes ergeben müßte, wird von den Deutschnationalen und den Stinnesleuten ebenso herbeigesehnt, wie von der völkischen Verbredhergesellschaft, die in München heute noch das Erbe der Einwohnerwehren verwaltet. Die Katastrophe wird gesucht, um aus dem Chaos innenpolitischen Gewinn zu ziehen, der sich entspinne die Wirrwarr soll die "nationale Idee" fördern, d. h. den Weg zur Monarchie frei machen.

Das Bloßlegen der letzten Ziele der Einwohnerwehren ist politisch von größter Bedeutung. Wir wissen, daß sich ihre Auflösung nur der Form nach vollzogen hat. Ihre Erbsolgerinnen sind die völkischen Geheimorganisationen geworden, deren Wirken durch den Rathenau-Mord blutigartig beleuchtet wurde. Auch diese Organisationen sind nur der Form nach zerfallen worden, sie wuchern aber in hundertertei Abarten munter weiter. Ihnen das Lebenslicht restlos auszublasen, ist eine Aufgabe, der immer wieder alle Aufmerksamkeit zugewendet werden muß.

Waffenfund in der Grenzmark Westpreußen

Dem Stettiner „Kämpfer“ wird aus dem Kreise Deutsch-Krone berichtet:

In Schönbalsig, Kr. Deutsch-Krone, wurden bei dem Revierförster Döweringd, der auch gleichzeitig Amtsvorsteher ist, am Mittwoch, den 20. September, nachst folgende Waffen gefunden: 3 große Maschinengewehre, 2 kleine Maschinengewehre, 1 Schlitten zum M.-G., 1 Gurtschalter, 1 Einschlagsschloß, 8 Wilschäfte, 3 Maschinengewehrpistolen M. N. 8, sechzig Arten Munition, 93 M.-G.-Gurte, 57 Karabiner, 16 Infanteriegewehre.

Die Waffen mußten in zwei Patronenautos der Schutzpolizei Schneidemühl fortgeschafft werden und waren im Amidsgefängnis verborgen. Die in Frage kommenden Behörden in Schneidemühl waren von dem Kreisleiter Schulze-

Kalles, der von der Angelegenheit erfahren hatte, benachrichtigt worden. Durch Befehl ist jeder, der über heimliche Waffenlager Bescheid weiß und sie nicht anmelde, strafbar. Auf Anfragen des Revierförsters Döweringd erklärte dieser, er wisse nicht, wer die Waffen dorthin gebracht habe. Die weitere Verhandlung ergab dann folgendes: Der Oberförster und Amtsvorsteher Vogge, Groß-Linichen, Kr. Dramburg, ist eines Tages zu D. gekommen und hat ihn gebeten, die Waffen bei sich unterzubringen. D. sagte dann, daß er aus patriotischem und vaterländischem Gefühl sich bereit erklärt habe, die Waffen unterzubringen. Später will D. den Oberförster gebeten haben, die Waffen fortzuschaffen zu lassen, weil er sie nicht länger behalten wollte. Darauf habe der Oberförster und Amtsvorsteher P. gesagt, die Waffen wären beim Reichswehrministerium angemeldet. Die Waffen sind in Deutsch-Krone in der Kaserne abgeladen, die weitere Untersuchung ist in die Wege geleitet.

Forderung einer Preisprüfungsstelle

(D.A.) Beuthen, 27. September. Die ober-schlesische Preisprüfungsstelle hat folgendes Telegramm an die Reichsregierung geschickt: Die ober-schlesische Preisprüfungsstelle Beuthen ersucht die Reichsregierung um Ergründung energischer Maßnahmen gegen die Wucherer. Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die Verbrecher zu bekämpfen bzw. auszurotten. Wir bitten, daß man die Kettenhändler, Preisstreiber, Warenhändler und Wucherer mit hohen Geldstrafen belegt, daß das Vermögen dieser Leute, sowie deren Waren beschlagnahmt und ihnen das Gewerbe entzogen wird, ferner in schwereren Fällen außer den erwähnten Strafen 1-3jährige Zwangsarbeit im Bergbau bei täglich 1/2-tägiger Arbeitszeit und Stellung unter Polizeiaufsicht anzuordnen. Auch bitten wir um Aburteilung dieser Verbrecher in kürzester Zeit. Sollte wider Erwarten gegen diese Gesellschaft nichts geschehen, so behalten wir uns vor, unsere Tätigkeit in der Preisprüfungsstelle einzustellen.

Aus dem Landtag

Im preussischen Landtag fand gestern, mittag 12 Uhr, die erste gemeinsame Fraktionsstimmung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei statt. Die Genossen Limberg und Leib von Fraktionsvorstand hielten Ansprachen, in denen sie ihre Genugtuung über die nunmehr erfolgte Vereinigung ausdrückten und betonten, daß das zukünftige Zusammenarbeiten getragen sein möge von dem Geiste der Kameradschaftlichkeit. Der Sache der gesamten Arbeiterbewegung gelte es, ohne Rücksicht auf das Vergangene, zu dienen.

Die erste Sitzung des Landtages nach den Ferien begann nachmittags 3 Uhr. Im Reichstagenrat war vereinbart, die Besprechung über die Steuerungsinterpellationen am Freitag stattfinden zu lassen. Die Kommunisten erhoben Widerspruch und verlangten, die Interpellationen sofort zu besprechen. Genosse Limberg entgegnete, daß eine sachliche Aussprache durch die sofortige Behandlung des Gegenstandes nicht möglich sei. Durch Tiraden, wie sie die Kommunisten anzuwenden beliebten, könne der Regierung nicht abgeholfen werden. Unter großem Lärm der Kommunisten beschloß der Landtag, den Beschlüssen des Reichstages gemäß zu verfahren.

Die Tagesordnung, die in der Hauptsache Eingaben, Berichte enthielt, wurde ohne nennenswerte Darlegungen erledigt.

Neue Devisenhauffe

Einige Zeitlang hatten sich die Kurse für ausländische Zahlungsmittel auf ungefähr gleicher Höhe gehalten; der Dollar, der Maßstab für alle Devisen, bewegte sich zwischen 1900 und 1400. Seit Dienstag ist wieder eine Aenderung eingetreten und gehern sind die Kurse auf Neue um einen kräftigen Sprung nach oben gegangen. Der Dollar stieg auf 1652, das Pfund Sterling auf 7290, der hollän-

dische Gulden auf 641, der Schweizerische Franken auf 80, die tschechische Krone auf 50.

Als hauptsächlichsten Grund für diese neue Aufwärtsbewegung der Devisen wird die Meinung geäußert, daß die Industrie sich wieder in größerem Umfange mit ausländischen Zahlungsmitteln einzudecken beginne, und da nur wenig Material an den Markt kommt, so ergibt sich daraus die Steigerung der Kurse. Es herrscht wieder größere Kapitalflüssigkeit, so daß erhebliche Marktschände angeboten wurden, wogegen die Besitzer von Devisen äußerste Zurückhaltung üben. Tatsache ist jedenfalls, daß in einem erheblichen Teile der deutschen Wirtschaft die deutsche Mark nicht mehr als Währung gilt, und daß an ihre Stelle die fremde Valuta getreten ist. Das muß natürlich die Bewertung der deutschen Geldzeichen immer weiter herunterdrücken.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie in Gera hat Genosse Hilferding in seinem Vortrag über die Finanzlage Deutschlands von der Regierung und der Reichsbank verlangt, daß sie schleunigst handeln sollen, um die jetzige Atempause in der Reparationsfrage zu einer Hebung der deutschen Währung zu benutzen. Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Arbeiterschaft und des Mittelstandes infolge der Geldentwertung und der sich daraus ergebenden Teuerung eine geradezu verzweifelte Stimmung bemächtigt habe. Wollen Regierung und Reichsbank jetzt etwa warten, bis die neue Devisenhauffe zu einer abermaligen Marktkatastrophe ausartet? Es müßten aufs schnellste alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um der andauernden Verwüstung der deutschen Währung zu begegnen!

Die Erklärung zur Koalitionspolitik

Genosse Dörmann schreibt uns:

Gemeinsam mit 122 Genossen gab ich auf dem Geraer Parteitag der USP. eine ursprünglich als Resolution eingereichte Erklärung zu Protokoll, die die Stellung der Unterzeichner zur Koalitionsregierung niederlegt. Die „Freiheit“ sagte dazu in ihrer letzten Sonntagsnummer, daß sich diese Erklärungen lediglich gegen die Koalitionspolitik wende, wie sie bisher betrieben wurde, aber keine grundsätzliche Gegnerenschaft zu ihr enthalte. Nur in diesem Sinne habe die große Mehrheit der Unterzeichner die Unterschrift gegeben. Wäre es anders, so wäre der Verzicht auf die förmliche Abstimmung ja völlig unverständlich. Mir liegt eine nachträgliche Auseinandersetzung völlig fern. Doch die Pflicht gebietet mir, festzustellen, daß die Erklärung unsere grundsätzliche Auffassung zur Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien wiedergibt und u. a. ausdrücklich Bezug nimmt auf das Manifest des letzten Leipziger Parteitages der USP., worin es heißt: „Seitdem die USP. ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Regierungscoalition mit bürgerlichen Parteien“.

Wir haben uns auf die Abgabe einer Erklärung beschränkt. Dies wurde und erleichtert durch die große Zahl der Unterzeichner. Entsprechend dem vorher von den Genossen der verschiedenen Bezirke gegebenen Auftrag, habe ich auf dem Parteitag ausdrücklich betont: „Wir geben diese Erklärung ab als Ausdruck unserer Ueberzeugung, die von uns auch weiterhin sachlich vertreten wird. So wollen wir es halten.“

Im Gegensatz zu der Auffassung des Genossen Dörmann wissen wir, daß nicht alle Unterzeichner der Resolution seine Meinung geteilt haben, was sich schon aus der Einfügung des Wortes „bisher“ erkennen läßt. Sachlich ist in Gera aber diese Frage nicht diskutiert worden, und daraus erklärt es sich, daß über den Sinn der Resolution des Genossen Dörmann Unklarheit herrschte. Aus den Ausführungen des Genossen Dörmann auf dem Leipziger Parteitag geht im übrigen hervor, daß auch er die Koalitionsfrage nur als eine taktische Frage aufgefaßt wissen will.

Zum amerikanischen Kommissar für die Regelung der amerikanischen Schadenersatzansprüche an Deutschland wurde der New Yorker Rechtsanwalt Edwin Parter ernannt.

Vom Daseinsrecht des Schauspielers

Von Klaus Pringsheim.

musikalischer Leiter des Großen Schauspielhauses.

II.

Man kennt aus Erzählungen den Zustand gewisser Hoftheater von ehemals, wo durch die Gnade des Landesherren möglich war, daß an einem Darsteller bestimmter Rollen Generationen von Menschen heranwuchsen. Er hatte in jungen Jahren etwa den „Homo“ oder den „Mag Piccolomini“ mit Erfolg gespielt, war für den entsprechenden Rollenkreis, das Fach des „jugendlichen Liebhabers“, verpflichtet und blieb Vertreter seines Faches bis ans selbige Ende seiner Laufbahn. Er hätte immerhin in späteren Jahren statt des jungen den alten Piccolomini, nicht mehr Schöne, sondern Väter spielen können? Uebergang von einem Fach ins andere: so beunruhigende Experimente waren nicht Mode. Ueberzeugt der Körper der Jüngste, wenn es ihm einmal zum, auf der Bühne unbedenklich einen achtzigjährigen Greis: warum also ein achtzigjähriger nicht Schiller'sche Jünglingsgestalten?

Wir haben keinen Grund, uns nach diesem goldenen Zeitalter zurückzusehen. Heute ist das starre System der Facherteilung wesentlich durch die Formel ersetzt: Jede Rolle spielt der Darsteller, der sie am besten spielt. Von da ist nur ein Schritt zu der Ermüdung, die keinem Berliner Bühnenleiter mehr fremd ist: Findet sich der für diese Rolle geeignete Darsteller nicht im angestellten Personal, so muß er von wo anders geholt werden — und von da ein weiterer, in keiner Richtung freilich bedenklicher Schritt zu dem Grundfag: Möglichst wenig feste, möglichst kurzfristige Verträge, Verpflichtung nur noch von Rolle zu Rolle. Zunächst handelt sich's um Hauptrollen; und es gibt auch Hauptdarsteller, die Geschick davon und Vorteil darin finden, nur noch rollenweise, für Monate oder Wochen Verpflichtungen einzugehen. Dem Beispiel der Großen beginnen — gezwungen oder freiwillig — kleinere zu folgen. Von beiden Seiten, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wird mehr und mehr die wirtschaftliche Norm eines dauernden Arbeitsverhältnisses, der künstlerische Grundbegriff stetiger Arbeitsgemeinschaft gelockert, der das Wesen aller bisherigen Theaterkunst ausmachte: der Begriff eines festgesetzten Ensembles.

In der „Probing“, in Stadttheatern wird gemeinhin noch am Grundfag der Verpflichtung und Besetzung nach Rollenfächern festgehalten. Soweit hier aber Privatunternehmertum vorherrscht, — Verpackung des Theaters, allenfalls unter Gewandlung eines kommunalen Zuschusses —, wo also das Theater Geschäft des Bühnenleiters ist, treffen wir den Brauch nur jahr- oder saisonweise geschlossener Schauspielerverträge, häufigen Wechsel im

Künstlerpersonal als Regel. Ein Unternehmer, der sicher ist, so oft er will, Arbeitskräfte bekommen zu können, bindet sich nicht ohne Grund auf Jahre. Gewiß, ablaufende Verträge können erneuert werden; aber Vertragserneuerung pflegt Vertragsverneuerung zu bedeuten; und nicht nur brauchbare, sondern immer wieder blühende Arbeitskräfte zu gewinnen. Das ist es, worauf es einem „geschäftsfähigen“ Theaterdirektor ankommt.

Immer wieder in neuer Umgebung, vor neuen Menschen sich behaupten müssen. Solche Notwendigkeit erscheint vielen Bühnenkünstlern dennoch anziehend. Es lebt im Schauspieler ein Verlangen nach Wechsel und Veränderung, ein wenig Abenteuerlust, ein Rest von unsilbbarer Sehnsucht, noch dem „grünen Bogen“, diesem Sinnbild ewiger Wanderschaft ins Ungeheure. Ewige Wanderschaft: nicht nur in der Natur des Schauspielers, sondern in den Verhältnissen des Schauspielersberufes ist dieser Trieb begründet. Wer im Stadttheater von A. nach B. den Ansprüchen des Publikums genügt, dem genügt es nicht mehr, der Mann zu sein, der in A. großen Erfolg hatte, genügt. Erfolg in einem Theater haben, heißt reis sein für den Versuch an einer Bühne von höherem Rang. Praktisch bedeutet jeder Schritt aufwärts zugleich finanzielle Aufbesserung; das bessere Theater bezahlt besser: in der ewigen Hoffnung auf das bessere, besser bezahlende Theater findet sich endlich die Erklärung für die Tatsache jener ewigen Wanderschaft, deren Reverso ewige Ungeschicktheit des Daseins heißt.

Zwei Möglichkeiten: den Einen, der keinen Erfolg hat, läßt man gehen; der Andere, der Erfolg hat, läßt sich nicht halten — zwischen beiden bewegt sich die Entscheidung. Richtiger, so war es, unter den Verhältnissen der Vorkriegszeit. Heute liegen die Dinge anders. Die Wohnungsnot macht eine Uebersiedelung unmöglich. Jeder klammert sich an seinen Arbeitsplatz. In jeder freierwerbenden Arbeitsstelle drängt sich ein Heer von Arbeitslosen. Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftsnot haben immer weitere Bühnen ihren Betrieb einschränken oder einstellen müssen. Also zweifach drückende Sorge, heute ein neues Engagement suchen und antreten zu müssen.

Die ewige Ungeschicktheit im Dasein des Bühnenkünstlers bedeutet früher: „Ich weiß nicht, wo ich im nächsten Jahre spiele“, heute aber: „Ich weiß nicht, ob ich im nächsten Jahre Gelegenheit haben werde...“ Der Schauspieler ist nicht auf anderwertige Erwerbstätigkeit eingerichtet; engagamentlos, d. h. brotlos werden. So schlimm die Lage Aller, deren Existenz dauernd von solcher Unsicherheit bedroht ist, so erstrebenswert für Jeden, sich vor solcher Bedrohung zu sichern; und so stärker der Druck, den heute ein Theaterunternehmen auszuüben vermag, wenn er in der einen

Hand Kündigung oder Entlassung, in der anderen Vertragserneuerung hält. In keinem anderen Berufsverhältnis, auch keinem künstlerischen, gibt es einen Zustand, der diesem vergleichbar wäre. Hier muß etwas geschehen.

Lebenslängliche Anstellung des Künstlers oder Anstellung bis zur Dienstunfähigkeit kommt als Norm für das Theater nicht in Betracht. Doch der Sinn aller kündbaren oder auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Verträge würde hinfällig, wenn die Erneuerung jedes ablaufenden Vertrages erzwingen werden könnte. Gerade um die Frage der Vertragserneuerung handelt sich's. Was soll geschehen?

Wenn ohne Verschulden ein Schauspieler arbeitslos wird und ein Arbeitsloser tritt an seinen Platz, so ist das ein Unglück für Jenen, ein Glück für Diesen, den ebenso unbedeutend früher Arbeitslosigkeit getroffen hätte; dem Einen, der um seine Arbeit kommt, geschieht nicht mehr Unrecht als Recht dem Andern, dem Arbeit gegeben wird; solche Betrachtungsweise, die vom Kollektiv-Standpunkt der Schauspieler-Arbeiterschaft vielleicht verständlich erscheint, müßte den Blick vom tieferen Wesen des Liebels ablenken. Vor ein paar Monaten, als die Drohung des Schauspielersstreiks über Berlin schwebte, haben die Vertreter der Bühnenkünstlerschaft unter anderen Forderungen mit besonderem Nachdruck gerade diese durchzusetzen versucht: jeder Theaterdirektion müsse vorgeschrieben werden, ihren künstlerischen Personalstand in bestimmter Mindesthöhe zu erhalten. Man wollte dadurch vor allem auch einem idealen Interesse dienen: dem Interesse an der Erhaltung der Ensemblekunst, deren Verfall der Bühnenkünstlerschaft erste Sorge bereitet. Aber es ist nicht recht ersichtlich, was für die Ensemblekunst durch die Wirkung eines Gesetzes — denn nur ein Gesetz könnte gemeint sein — zu gewinnen wäre, das keineswegs auf die Stetigkeit des einzelnen Ensembles abzielt. Es wäre, von solchem Einwand abgesehen, aber auch höchst unzumutbar, eine vielleicht berechtigte soziale Forderung als ideal-künstlerisches Gebot zu fristern — oder, umgekehrt, künstlerische Notwendigkeiten (die nun einmal in jedem Theater der Art des künstlerisch verantwortlichen Leiters anerkannt sind) als Ziel eines wirtschaftlich-sozialen Kampfes zu proklamieren. Die Ensemblekunst ist an sich eine gute, schätzbare Sache. Das haben uns längst durch ihr Kostspiel die Kassen des Moskauer Künstlertheaters in Erinnerung gebracht. — Aber Ensemblekunst ist keine soziale Angelegenheit. Die deutsche Republik hat andere Sorgen, als Gesetze zum Schutz der Ensemblekunst zu erlassen. Notwendig ist ein Gesetz, das sozialen Theaternot steuert. Ein Gesetz, das Schauspieler vor unbedeutendem abwendbaren Zusammenbruch schützt. Nicht alle müssen, nicht alle können gesetzlich geschützt werden. So fragt sich nun, welcher Schauspieler hat Anspruch auf Schutz seiner Existenz? (Schluß folgt.)

Vorbeugende Maßnahmen

B. A. Die Geldentwertung der letzten Monate hat zu einer Preisrevolution geführt, deren voller Umfang im Augenblick noch nicht zu übersehen ist, weil die Auswirkung des Valutasturzes sich ununterbrochen fortsetzt und die täglichen Schwankungen des Devisenmarktes die Unübersichtlichkeit erhöhen. Die Ansprüche, die die neuen Preise an die Betriebsmittel der Unternehmungen stellen, sind naturgemäß außerordentlich groß. Die Beschaffung der erforderlichen Rohmaterialien, die Bezahlung von zu leistenden Preisen bestellter Anlagen und Maschinen, die wöchentliche Lohnauszahlung erfordern Beträge, die eine Vielzahl von Betrieben kaum aufzubringen in der Lage ist, besonders im Hinblick auf die gegenwärtige Lage am Geldmarkt. Die Hergabe von Bankkrediten erfolgt nur zögernd und zu schweren Zinsen, in keinem Falle haben die Ausleihungen der Banken auf nur annähernd mit dem durch die Geldentwertung eingetretenen Mehrbedarf Schritt halten können. Gleichzeitig, zum Teil unter dem Druck der eigenen Geldknappheit sind die Bedingungen der Lieferanten ungemein verschärft worden, Warenkredit wird zu einer immer selteneren Erscheinung, im günstigsten Falle ist Bezahlung bei Erhalt der Ware, zumeist aber eine erhebliche Vorausleistung bei Auftragserteilung selbstverständliche Forderung geworden. Die veränderte Situation des Geldmarktes und der Warenkreditgewährung veranlaßt eine immer größer werdende Zahl von Betrieben zur Prüfung der Frage, in welchem Umfang die Geschäfte unter diesen Umständen weitergeführt werden können und ob Betriebs-einschränkungen vorgenommen werden sollen.

Auch die Gemeinden, deren Bauten während der letzten Periode der Hochkonjunktur eine wesentliche Grundlage der günstigen Beschäftigung auf dem für die Gesamtwirtschaft besonders wichtigen Bauplanck gemessen sind, müssen angesichts ihrer Finanzlage und der Unmöglichkeit, die erforderlichen großen Kapitalien zu beschaffen, von einer Fortsetzung der Bauvorhaben absehen, vielfach wollen sie jetzt die im Bau befindlichen Häuser unfertig stehen lassen, damit wird aber nicht nur die Wücherei der Wohnungsnot noch weiter hinausgeschoben, sondern auch der Arbeitsmarkt wird einer Krise entgegengetrieben. Projekte, die vor Jahresfrist mit einem Aufwand von fünf Millionen veranschlagt und in diesem Frühjahr in Angriff genommen worden sind, erfordern bis zur Fertigstellung nach den jetzigen Berechnungen etwa 40 Millionen Mark. Da es unmöglich ist, das erforderliche Geld zu bekommen, die Zuschüsse des Reiches und des Staates aber nicht ausreichen, um bei aller Anspannung der Finanzkraft selbst reicher Gemeinden die Vorhaben zu Ende zu führen, so werden wir es erleben, daß in einer Zeit furchtbarsten Wohnungselementes halbfertige Gebäude dastehen. Die Rückwirkung der Geldknappheit zeigt sich aber auch bei vorgehenden Bauten der Industrie, bei der Errichtung der Bergmannsheimstätten, bei der Herstellung neuer Betriebsanlagen und naturgemäß erst recht im Haushalt jedes einzelnen. Die Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung, die bei rasch fortschreitenden Preissteigerungen besonders erheblich ist, muß letzten Endes auch auf den Warenabsatz im Lande und, soweit nicht die Auslandslieferungen einen vollen Ausgleich zu bieten vermögen, auf den Beschäftigungsgrad in zahlreichen Industriezweigen empfindlich einwirken. Wie weit die Lieferungen für Reparationszwecke dem zu erwartenden Arbeitsmangel entgegenzuwirken vermögen, ist allerdings schwer abzuschätzen, insbesondere da die Frage, in welchem Umfang eine länger dauernde Beschäftigung von Millionen Menschen ohne Gegenleistung für Deutschland ökonomisch tragbar ist, theoretisch kaum zu beantworten ist.

Unter allen Umständen muß die Lage zurzeit so beurteilt werden, daß wir mit größter Wahrscheinlichkeit einer Wirtschaftskrise und einer damit verbundenen erheblichen Arbeitslosigkeit entgegengehen, die angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse von vornherein mit der größten Aufmerksamkeit beobachtet und gegen die rechtzeitig, möglichst schon vor ihrem vollen Ausbruch, die notwendigen Maßnahmen getroffen werden müssen. Bei der bestehenden Teuerung ist die Abspeisung arbeitsloser Massen mit einer Erwerbslosenunterstützung eine Unmöglichkeit, denn Brot und Geld würden einen Umsatz annehmen, der die furchtbarsten Verzweiflungsausbrüche unabwendbar wären. Keine Erhöhung der Unterstützung, selbst wenn sie in großem Umfang durchgeführt werden könnte, kann aber die allgemeinen Folgen der Arbeitslosigkeit, die moralische Depression der zum Teilen gezwungenen Massen und die Verabsäumung von Geld ohne wirtschaftliche Leistung aus der Welt schaffen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, von Anfang an den Kampf gegen die voraussichtliche Arbeitslosigkeit in der Form der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu führen und sofort dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Pläne aufgestellt und die zu ergreifenden Maßnahmen vorbereitet werden.

Es darf nicht sein, daß Arbeiten ohne allgemeine wirtschaftliche Bedeutung unternommen werden, vielmehr sind überall von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden im Benehmen mit dem Reichsarbeitsministerium die Gesichtspunkte einer Hebung der volkswirtschaftlichen Produktivität durch derartige Arbeiten in den Vordergrund zu stellen. Es wird in erster Linie dabei auch die Frage der Förderung des Wohnungsbaues durch Gewährung der Sätze der produktiven Erwerbslosenfürsorge neben den Landesdarlehen bei gleichzeitiger Beschaffung der Baukapitalien durch eine mit erheblichen Mitteln ausgestattete Reichshypothekendarlehenbank zu prüfen sein, ferner eine Reihe bedeutender Projekte zum Zwecke der Aus-

nutzung von Wasserkräften, die zum Teil schon so weit durchgearbeitet sind, daß bei beschleunigter Lösung der Finanzierungsfrage auf diesem Gebiete reiche Arbeitsgelegenheit vorhanden wäre. Es kommen weiter unter anderem umfangreiche Aufgaben auf dem Gebiete der Kultivierung von Deltaländern in Betracht, bei denen zahlreiche Arbeitskräfte in wirtschaftlich wünschenswerter Weise Verwendung finden können. Die Durchführung derartiger Maßnahmen kann natürlich nicht Sache der Zentralinstanz sein, ihre Aufgabe aber wäre es, sofort die entsprechenden Anregungen und Weisungen zu geben, die Vorbereitung und Durchberatung der Projekte schon jetzt zu veranlassen und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel in der Art zu gewährleisten, daß sie den Gemeinden und Gemeindeverbänden sofort bei Beginn der Arbeiten zur Verfügung stehen. Bei den gegenwärtigen Finanznöten der Gemeinden und der Unmöglichkeit, ausreichenden Kredit zu erhalten, liegen die Dinge wesentlich anders als in der Depressionsperiode 1920, in der es den Gemeinden noch in großem Umfang möglich war, Mittel für diese Arbeiten aufzubringen. Bei den für derartige Unternehmungen jetzt erforderlichen Summen aber ist ein Zustand vollständiger Unmöglichkeit eines derartigen finanziellen Eingreifens der Gemeinden eingetreten.

Von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden sollte wegen dieser Fragen zusammen mit den politischen Parteien und unter Hinzuziehung von Fachleuten aus Verwaltung und Wirtschaft unverzüglich eine eingehende Untersuchung eingeleitet und genaue formulierte Vorschläge ausgearbeitet werden. Diese wären nicht nur zum Gegenstand einer politischen Aktion in den Parlamenten und beim Reichsarbeitsministerium zu machen, sondern auch in den örtlichen Gewerkschaftskartellen eingehend auf ihre Anwendbarkeit in den einzelnen Orten zu prüfen und den Gemeindevertretungen vorzulegen. Vor allem aber müßten die breiten Massen des Proletariats in umfassender Weise aufgeklärt und die vorhandenen Willensenergien in die Richtung eines entschiedenen Kampfes gegen die am Horizont auftauchenden Gefahren der Arbeitslosigkeit gelenkt werden. Es ist selbstverständlich, daß gerade diese Aufklärung geeignet wäre, das Verständnis für die Widerständigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem Arbeit und Produktion nicht von dem Bedarf der Menschen und den technischen Produktionsmöglichkeiten, sondern von der vorhandenen Kaufkraft abhängen, zu vertiefen und gleichzeitig die grundsätzlichen Fragen einer umfassenden Umgestaltung durch die Sozialisierung unter Darlegung der dafür zu schaffenden Voraussetzungen vor der Arbeiterschaft erneut aufzurufen.

Neue Sinnespläne

Dem Abkommen mit dem Marquis von Lubersac über den Wiederaufbau Frankreichs läßt Hugo Sinnes einen neuen Plan folgen, der auf die künftige Entwicklung der deutschen und der französischen Wirtschaft die nachhaltigsten Wirkungen ausüben kann. Nach Meldungen aus Paris berichtet die „Journale Industrielle“, daß zwischen Hugo Sinnes und dem französischen Großindustriellen Jules Bernard in einer Reihe von Zusammenkünften eine Verständigung vereinbart worden sei, die während der bevorstehenden Reise der deutschen Großindustriellen nach Frankreich perfekt werden soll. Ueber den Inhalt dieser Abmachungen sind noch keine Einzelheiten bekannt, doch weiß man schon ungefähr, was sie enthalten werden. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie soll Ruhrkohle an die lothringischen Häfen liefern, die dortigen Werke wollen im Austausch dagegen Eisen- und Stahlhalbfabrikate an die Bergwerke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zu Vorzugsbedingungen abgeben. Weiter soll der Bau von neuen Häfen und Hochseifen in Rheinland-Westfalen, die als Ersatz für die in Elsas-Lothringen verloren gegangenen Betriebe gleicher Art bestimmt waren, eingestellt und als Gegenleistung soll den Deutschen dafür

An unsere Leser!

Vom 1. Oktober ab wird allein der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erscheinen und unseren Lesern geliefert werden. Freitag und Sonnabend erhalten unsere Berliner Leser den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ gemeinsam, vom Sonntag, den 1. Oktober an, nur den „Vorwärts“.

Mit Begeisterung sind die Massen der Arbeiter dem Aufruf zur Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte gefolgt. Die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien hat stürmischen Widerhall im ganzen Proletariat gefunden. Was auch hinter uns liegen mag, jetzt rufen uns die Aufgaben der Gegenwart und der nächsten Zukunft. Unserer harter schwere Kämpfe, wenn wir die völlige Verelendung der werktätigen Bevölkerung verhindern, Teuerung und Hunger, wirtschaftliche Unterdrückung und politische Benachteiligung beseitigen wollen. Ohne strenge Selbstdisziplin, ohne Unterordnung des Einzelwillens unter den Willen der Gesamtheit ist aber an eine Durchsetzung unserer Forderungen nicht zu denken. Was der Stolz der alten sozialdemokratischen Partei war, was ihre Größe und Bedeutung ausmachte, das muß jetzt auch die Grundlage der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei sein: Freiheit im Rat, Einheit in der Tat!

Darum geben wir uns der Erwartung hin, daß unsere Parteigenossen nicht nur reißlos treue Abonnenten des „Vorwärts“, unseres künftigen Parteiblattes werden, sondern daß sie auch eine rege Agitation, besonders unter jenen unserer Klassenossen entfalten, die sich in der letzten Zeit verzerrt über den Zwiespalt in der Arbeiterbewegung vom Parteileben zurückgezogen haben. Wenn jemals, so hat jetzt das Wort seine Berechtigung, daß die Arbeiterpresse die stärkste Waffe des Proletariats in seinem Befreiungskampfe ist. Je größer die Not auch der Arbeiterblätter, desto treuer muß das Proletariat zu ihnen halten!

Redaktion und Verlag der „Freiheit“.

eine Kapitalbeteiligung von einem Viertel an großen lothringischen Hüttenwerken eingeräumt werden.

Bei der Ausführung dieses Planes wird die Frage, eine große Rolle spielen, ob die Preisermäßigung für das lothringische Halbzeug groß genug ist, um einen Ausgleich gegenüber den hohen Frachtkosten nach dem Ruhrrevier zu schaffen. Sicher aber ist, daß damit der Grund zu der Verdrängung der deutsch-französischen Schwerindustrie, die ihre Hauptstütze in Rheinland-Westfalen und in Lothringen hat, gelegt werden soll. Das würde zugleich bedeuten, daß die wichtigsten Rohstoffe des Kontinents dem diktatorischen Willen einer Handvoll Industriemagnaten unterstellt werden. Rückwirkungen auf die anderen Industrien Deutschlands vielleicht noch mehr als Frankreichs können nicht ausbleiben. Es wird eine der wichtigsten und eiligsten Aufgaben der Regierung und des Reichstages sein, sich die Kontrolle über die Trustunternehmungen zu sichern, bevor sie der Wirtschaft über den Kopf wachsen.

Die Arbeiterklasse aber könnte sich an diesem entschlossenen Willen des Großkapitals, mag es deutschen oder französischen Namen tragen, sich zu konzentrieren, ein Beispiel nehmen. Ueber alle Differenzen im einzelnen befehlt die Industriekönige der Wunsch, sich die ganze Wirtschaft untertänig und die Politik zur Dienerin ihrer Interessen zu machen. Auch das Proletariat muß erkennen, daß demgegenüber nicht neue Versplitterung und Verwirrung, sondern Zusammenfassung aller Kräfte notwendig ist.

Rettet die Kaiseroffiziere!

Im Gegensatz zu den letzten Unternehmungen, die die „gewöhnlichen“ Kriegskruppen und die sich aus dem Felde heimgekehrten Soldaten bekommen, erhalten die ehemaligen Offiziere des Kaiserreiches Pensionen, die in die Zehntausende, ja in die Hunderttausende gehen, oder aber sie wurden mit horrenden Summen abgefunden. Dieweil handelt es sich bei den früheren Offizieren vielfach um Leute, die völlig gesund und deshalb in der Lage sind, sich genau so gut ihr Brot durch Arbeit zu verdienen — und nach Angaben gerade der sogenannten nationalen Presse kann jedermann in Deutschland Arbeit bekommen und glänzend leben, sofern er nur arbeiten will — wie beispielsweise die aus dem Felde heimgekehrten Soldaten. Einem früheren Offizier aber zu arbeiten zuzumuten, scheint für gewisse Leute etwas Unerhörtes zu sein. Nur so ist es zu verstehen, wenn der Nationalverband deutscher Offiziere in einer Delegiertenversammlung folgende Entschliessung angenommen hat:

„Der Nationalverband Deutscher Offiziere fordert ein tatkräftiges Eingreifen der Reichsregierung und des Reichstages zur Behebung der unerträglichen Zustände, die sich auf dem Gebiete der Versorgung der ehemaligen Offiziere und ihrer Hinterbliebenen herausgebildet haben. Er beauftragt seinen Ausschuss für Versorgung und Fürsorge, nachdrücklich dahin zu wirken, daß unseren Kameraden, ihren Witwen und Waisen endlich ihr verfassungsmäßiges Recht wird, und dafür zu sorgen, daß die Auszahlung der Gehaltsrückstände so zeitig erfolgt, daß eine Geldentwertung vermieden wird.“

Wir sind sicher nicht gegen eine anständige Versorgung der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, aber so lange sich die Witwen und Waisen der Soldaten und die Kriegskruppen mit Renten abfinden müssen, die nicht einmal das Existenzminimum garantieren, kann von einer Erhöhung der weit größeren Pensionen für ehemalige Offiziere oder deren Hinterbliebenen unter keinen Umständen die Rede sein. Nicht eine Erhöhung dieser Pensionen ist notwendig, sondern eine Ausgleichung der Renten überhaupt, da die Witwe eines Soldaten für einen Laib Brot oder für ein Pfund Kartoffeln usw. genau so viel zu zahlen hat, wie die Witwe eines Obersten oder eines Generals.

Demokratisches Schwenken

Nachdem es der Reaktion in Sachsen mit Hilfe der Kommunisten gelungen ist, die Auflösung des Landtags zu erzwingen, soll jetzt in Thüringen das Gleiche versucht werden. Namentlich sind es die Demokraten, die auf eine Landtagsauflösung und falls eine solche nicht zu erreichen ist, wenigstens auf eine Umbildung der Regierung drängen. So wird dem „Berliner Tageblatt“ aus „demokratischen Kreisen Thüringens“ geschrieben, das Ergebnis der kürzlichen Kreis- und Gemeinderatswahlen habe den Beweis geliefert, daß die Mehrheit in Thüringen mit dem sozialistischen Kurs nicht einverstanden sei. Die thüringische Regierung müßte deshalb durch Landtagsbeschluß oder Volksentscheid die Landtagsauflösung herbeiführen. Daß der Landtag einen derartigen Beschluß fassen wird, glaubt der Verfasser der Zuschrift nicht, und auch das Mittel des Volksentscheid erscheint ihm zweifelhaft. Deshalb wünscht er eine andere Lösung, nämlich an Stelle der jetzigen Regierung eine solche der breiten Mitte. Ob er damit nur die Einbeziehung der Demokraten oder auch der Deutschen Volkspartei im Auge hat, wird nicht ausgesprochen. Auf jeden Fall wird sich die demokratische Partei bis zur Erfüllung ihrer Wünsche noch gedrückt müssen, denn unsere thüringischen Wassen haben zu einer solchen Regierungserweiterung keinerlei Neigung.

Zum Affentat auf Scheidemann

(D.A.) Berlin, 27. September. In dem Sitzverfahren wegen des Mordversuchs auf Oberbürgermeister Scheidemann ist das Ermittlungsverfahren gegen Duxerz und Deißlhafer zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Affen liegen gegenwärtig beim Oberreichsanwalt zur Erhebung der Anklage. Ob das Verfahren auch auf Kapitänleutnant a. D. Karl Eilissen ausgedehnt wird, steht noch nicht fest. Mangels ausreichenden Tatverdachts hat kein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Paul Bloch, neuerdings beantragt, den gegen Eilissen schwebenden Haftbefehl aufzuheben. In der Hauptverhandlung werden die Angeklagten durch die Rechtsanwälte Dr. Paul Bloch, Berlin, und Justizrat Sachfner, Cassel, verteidigt werden.

Ramencow anstatt Lenin: Das Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees hat den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets, Ramencow, zum Stellvertreter Lenins im Präsidium des Rates der Volkskommissare und des Rates der Arbeit und der Verteidigung ernannt. Ramencow gilt in der Terrorfrage für gemäßigt.

Groß-Berlin

Wie der Butterpreis hochgetrieben wird Aufhebung der Butterauktionen?

Wir brachten gestern eine Schilderung über das Buttertreiben, das mit der Butter sich auf dem Berliner Markt abspielt. Der Preis der Butter ist so wichtig, nicht weil etwa weite Kreise der Bevölkerung in der Lage wären, sich Butter zu leisten, sondern weil nach dem Butterpreis sich der Milchpreis richtet. Milch — und was für eine — kostet bereits in Berlin 47 Mark. Schon spricht man von einer neuen Erhöhung. Der Magistrat hat nichts dagegen — selbst wenn man ihm alle Schwierigkeiten zugute hält. Von großem Interesse ist eine Schilderung, die die „Morgenpost“ über die Butterauktionen bringt, in denen die „Preise gemacht“ werden.

In Berlin, Bremen und Hamburg finden ständig Butterauktionen statt. Für diese gibt es keinerlei feste Regeln des Geschäftsganges, besteht bis heute noch keine Auktionsordnung. Die Besucher brauchen auch nicht behördlich konfessioniert zu sein. Die Prüfung der Teilnehmer an den Auktionen erfolgt überhaupt nicht oder nur in sehr oberflächlicher Form. Jemandem, der heute auf diese Weise an den Sitzungen teil und bestimmen Seite an Seite mit den wirklichen Händlern den Butterpreis. Gerade diese unberufenen Elemente sind in dem Bestreben einig, den Preis so hoch wie möglich hinaufzutreiben.

Die Art und Weise, wie die Butter versteigert wird, ist noch besonders dazu geeignet, hohe Preise hervorzubringen. Es wird nämlich auf holländische Weise versteigert, d. h. von einer Höchstzahl nach unten. Wenn auf der letzten Auktion für die Butter ein Preis von 300 Mark erzielt worden ist, so stellt der Auktionator den Zeiger der Auktionsuhr auf 320. Dann wird der Strom eingeschaltet, und der Zeiger beginnt langsam rückwärts zu laufen. Die einzelnen Plätze der Händler im Auktionsaal sind mit Nummern versehen, die gleichfalls rings um das Zeigerfeld der Uhr angebracht sind. Steht nun beispielsweise der Zeiger auf 318, und einer der anwesenden Händler will das Recht für diesen Preis erwerben, so drückt er einfach auf den an seinem Platz befindlichen Knopf. Daraufhin leuchtet am Zeigerfeld seine Platznummer auf, und der Zeiger bleibt stehen. Der Händler hat die Butter zu diesem Preise erworben. Für das nächste Recht stellt der Auktionator womöglich den Zeiger schon auf 350 ein und so fort.

Mit dieser Preistreibererei machen schon vielfach die Lieferanten der zur Auktion kommenden Butter den Anfang. Es ist festzustellen worden, daß an manchen Tagen nur 100 bis 200 Zentner Butter zur Auktion kamen, an deren Ausbringung mehr als 75 verschiedene Lieferanten beteiligt waren. Man denke: eine große Molkerei war nicht imstande, mehr als 1/2 Zentner Butter zu liefern! Man hält eben die großen Vorräte zurück und schickt nur ein paar Krücker auf die Auktion. Um diese entsteht dann unter den Auktionskäufern ein erbitterter Kampf, der die Preise immer weiter in die Höhe treibt. In diesen Zeiten dann der Preis hoch genug, dann wird er als Auktionsergebnis und Richtpreis veröffentlicht, und die großen zurückgehaltenen Vorräte nehmen zu diesem in die Höhe getriebenen Preise den Weg ins Publikum. So kommt es, daß der Preis, den z. B. der Auktionskäufer eines großen Hofes für seine ausländischen Käse auf der Butterauktion bietet, maßgebend für die Konsumenten der arbeitenden Bevölkerung ist.

Das Berliner Milchamt, das die Wirkungen dieses Treibens an seinen eigenen Milchpreisen verspürt, ist bereits im Frühjahr im Reichs Ernährungsministerium vorstellig geworden. Es verlangte zunächst, daß der Auktion eine feste und strenge Geschäftsordnung gegeben und nur der wirklich solide Großhandel zugelassen werde. Sodann sollte jede Molkerei eine Mindestmenge von Butter liefern müssen, damit Fülle der Zurückhaltung unmöglich gemacht würden. Endlich sollte durch eine amtliche Notierungskommission der jeweilige Preis festgesetzt werden. Seit dem Frühjahr dieses Jahres liegen diese Vorschläge im Reichs Ernährungsmini-

sterium, aber erst jetzt entschließt man sich zur Tat. Wie wir erfahren, werden in den nächsten Tagen einschneidende Verordnungen erlassen werden. Vermutlich wird ein Verbot aller Butterauktionen erfolgen, nachdem man die Zustimmung des Reichs Ernährungsministers zu strengen Maßnahmen gewonnen hat.

Wir gestehen ehrlich, daß wir zunächst wenig Vertrauen haben, daß wirklich etwas Durchgreifendes geschieht. Wir haben oft genug betont, daß in Berlin in Ernährungsfragen im wesentlichen der Grundfals herrscht: Wir haben kein Geld — wir können nichts tun. Bevor das nicht im Magistrat selbst durchgegriffen wird ist u. E. wenig Aussicht auf Besserung.

Welche Miete zahlt man am 1. Oktober?

Das wissen die Götter! Früher war die Antwort auf diese Frage eine Kleinigkeit. Man zahlte die kontraktliche Miete mit dem festen allgemein bekannten Zuschlag, der zuletzt 120 Prozent betrug. Durch das Reichsmietengesetz ist zunächst ein ungeheurer Wirrwarr entstanden. Der an sich einfache Aufbau des Gesetzes ist für den Laien durch die verwickelten Ausführungsbestimmungen fast ganz unübersichtlich geworden. Die größte Schwierigkeit einer genauen Berechnung entsteht dadurch, daß die Miete in zwei verschiedene Teile zerfällt: in die festen Zuschläge zur Grundmiete und in die beweglichen voll umzuliegenden öffentlichen Abgaben. Am 1. Oktober stehen natürlich nur die festen Zuschläge zur Grundmiete fest. Die umzuliegenden Beträge können selbstverständlich erst dann umgelegt werden, wenn der Vermieter die betreffenden Rechnungen für Grund- und Gebäudesteuer, Entwässerungsgebühren, Straßeneinigungsgebühren, Wasser- und Müllabfuhr usw. bezahlt und den Mieter räten zur Umlageverrechnung vorgelegt hat. Das heißt auf deutsch, daß diese Ende kommt bei der neuen Mietregelung erst hintennach. Es empfiehlt sich für die Mieter, wenn sie am 1. Oktober einfach die bisherige Miete weiter bezahlen. Der Vermieter wird sich schon rechtzeitig melden. Wir sind darin ganz derselben Meinung wie die „Kote Habne“.

Wenn die „Kote Habne“ dann aber weiter schreibt, alles übrige sollen die Mieter dem Mietvereinigungsamt überlassen, so müssen wir dem widersprechen. Die Kommunisten treten nämlich wie wir, für die Ueberführung des Hausbesitzes in die gemeinwirtschaftliche Bewirtschaftung durch Kommunen und die Mieterorganisationen ein. Wenn man das erreichen will, dann müssen die Mieterrechte jetzt schon ernsthaft ihre Pflicht erfüllen und tatsächlich den größten Teil der Verwaltungsarbeit der Häuser selbst in die Hand nehmen.

Der Segen der freien Wirtschaft

Ein Leser schreibt uns: Einer der lieblichsten Schwarzger am Boame des Kapitalismus ist der Zwischenhändler, der sich auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens zwischen Produzenten und Konsumenten aufschoben hat. Abwärts meistens im vollsten Einverständnis mit dem Erkeren, den er dadurch der Unerbarmlichkeit entzieht, sich ein Absatzgebiet zu suchen, bzw. eine eigene Absatzorganisation zu schaffen. Man denke nur an die vielen Laufende von Kleingewerbetreibenden, die oftmals nicht genügend lautmännlich und wirtschaftspolitisch geschult sind, um die Wichtigkeit gerade dieser Proze voll zu erkennen. So kommt es, daß Gleichgültigkeit und Unachtsamkeit dieser Kreise dem Zwischenhändler seine Riesengewinne mühelos in die Hand spielen. Nicht immer ist hierbei nur der Konsument der Geschädigte! Ein ganz besonders trasses Beispiel aus letzter Zeit sei hier zur Warnung aller Kleingewerbetreibenden hergeführt.

Ein Tischlermeister in Ritterbog hatte sich kurz vor der Leipziger Messe — als der Dollar ankam, seine Vorläufe zu machen — in völliger Verkennung der Situation verpflichtet, für die Möbelagentur Max Schmidt, Rinternaal — der Name sei hier mit geblühend anonymisiert — acht Speisezimmer zum Preise von je 15 000 Mark zu liefern. Dies ist auch geschehen. Erläuterung sei hieran bemerkt, daß es sich um sogenannte Großstimmware handelt, das heißt: nur Buffet und Anrichte in rohem Zustand. Die Vervollständigung und Fertigstellung (Polieren, Beizen) geschieht erst

seitens des Möbelhändlers unter Inhabnahme anderer Firmen (Tischfabriken, Stuhlfabriken). Der beschriebene Käufer des oben genannten Ritterbogener Tischlermeisters, als er auf der Leipziger Messe die Entscheidung machen durfte, daß sein Zimmer in genau demselben Zustand wie von ihm geliefert, also unkomplettiert, von der Firma Max Schmidt für 38 000 Mark angeboten wurde! Wenn du aber, lieber Leser, das schon Wunder nennen willst, bist du verdammt auf dem Holzwege! Am Schluß der Messe brachte die diese Späne kapitalistischer Profitier fertig. Für das selbe Zimmer 85 000 Mark zu fordern! Naß 500 Prozent Verdienst! — „außergewöhnliche Notwendigkeit“? — Nicht eher werden sich diese Dinge ändern, als bis sich der Kleingewerbetreibende und der reelle Möbelhändler unter Umachuna des unmoralischen Zwischenhändlerums auf genossenschaftlicher Basis — zum eigenen Nutzen und dem der Allgemeinheit — zusammenschließen. Und dann: Hand aufs Herz, ihr alle, die ihr so stolz seid auf eure „Selbständigkeit“; habt ihr bei den letzten Wahlen zu erster Volkswirtschaft an den Spruch gedacht: „Nur die allerersten käuber wählen ihren Mebner selber“? Solange müht ihr es euch schon gefallen lassen, daß andere die Früchte eurer Arbeit ernten.

Die „Freiheit“ stellt ihr Erscheinen ein

Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Die im Juli verante Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ wurde am Dienstag zu Ende geführt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Genosse Koppe, gab den Bericht über die Geschäftslage unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation, die durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien geschaffen wurde. Da nur eine Parteiliste in Berlin erscheinen könne, sei dem Zeitungsbesitzer der Genossenschaft der wirtschaftliche Boden entzogen. Unter Würdigung aller in Betracht kommenden Faktoren seien Aufsichtsrat und Vorstand zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, der Generalversammlung vorzuschlagen, dahingehend zu beschließen, mit dem 30. September d. J. die Herausgabe der „Freiheit“ einzustellen. Alle Verpflichtungen, moralische sowohl wie materielle, könnten von der Genossenschaft erfüllt werden. Den durch Einstellung des Zeitungsbetriebes arbeitslos werdenden Angestellten würde im Rahmen des Möglichen finanzielle Hilfe unter der Voraussetzung, daß sie sich ohne Ersola ersättlich um eine neue Stelle bemüht haben. Für noch ausstehende Forderungen würden außerdem noch genügende Summen zurückerhalten. Kurz und sachlich berichtete Genosse Koppe über das Ausschreiben der Genossen Rieck, Romertner und Hollmann.

An der anschließenden Diskussion erklärten sich alle Redner damit einverstanden, daß die „Freiheit“ mit dem 30. d. M. ihr Erscheinen einstellt. Genosse Leid anerkannte unter Beifall der Versammlung die Verantwortungsstreudigkeit des neuen Aufsichtsrats.

Einstimmig wurde beschlossen, daß die „Freiheit“ am 30. September ihr Erscheinen einstellt.

An den Vorstand der Verlagsgenossenschaft wurden die Genossen Dols, Koch und Rowal gewählt.

Am Publikationsrat der Genossenschaft wurde der „Vorwärts“ bestimmt.

Am Schluß der Versammlung wurden unweitere Änderungen des Statuts beschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule

Am kommenden Quartal beginnt die Arbeiter-Bildungsschule ihre wissenschaftliche Bildung mit folgenden Kursen:

1. Geld und Kreditwesen, Entschuna, Wesen und Bedeutung des Geldes, Währung und Valuta, Kredit-Geldverkehr, Geldwertuna und Inflation vor dem Kriege, Währungsreform und Marktstabilisierung, Inflation und Steuern. Vortragender: Dr. Wilhelm Reder, Kurstab-Abend: Freitag.

2. Philosophie und Sozialismus: Die philosophischen Grundlagen der politischen Parteien mit Rücksicht auf den Sozialismus. Das Primat der sozialerhaltenden Parteien (Konservatismus und Reaktion), Liberalismus und Frei-

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(38. Fortsetzung.)

Der Sonntagmorgen ist klar und hell. Aprilfrische. Und klar und hell tönen die Glocken. Von weither hört man sie. In den Gassen liegt ein Glanz. Das Fachwerk der alten Giebelhäuser hebt sich so scharf heraus. Man kann die einzelnen Sprüche deutlich lesen, man sieht die naiven, reichen Formen der Schuigereien. Es ist so lustig alles. Diese alte Welt, welche Feitert hat sie, und doch wie wichtig nahm sie all die Kleinigkeiten und Nichtigkeiten! Sie konnte nicht anders, sie mußte sich in jedem Teilchen offenbaren und ihm ihr Gepräge geben. Da waren die eigenartigen Gitter und Beschläge an den Fenstern und Läden, die kräftigen groben Hosen an den Streben, die schöngeschmiedeten alten Schilde, die schiefen Erker und die breiten Brüstungen mit den Blumenhaltern und ausladenden Gesimsen. Man mußte sich nur die Menschen dazu denken, wie sie behaglich und zufrieden waren, ruhig in die Welt sahen und geruhig der Welt zusehen konnten, denn die hatte einen breiten festen Takt, den nichts Ueberraschendes und Plötzliches stören konnte, der so fest und sicher weiter ging wie das Rauschen des Waldes, das von Höhe zu Höhe und von Gang zu Gang in dem steten großen Ton zog, den es einmal angenommen hatte.

In dem alten Hause, das zum eisernen Schwurhies — eine eiserne Ritterhand mit drei emporgestreckten Fingern war sein Zeichen — wohnte Professor Winter.

Philipp schlug das Herz, als er die schwere Eisenfär aufgezogen hatte und nun in dem weißgetünchten Gang mit der dunklen Stiege stand, die bei jedem Schritte so heftig knarrte, als seien ihr die neuen Frühe nicht recht, die auf sie traten, und als fordere sie die alten, schwereren, die einst ihre Jugend über sie getragen hatten.

Und nun stand Philipp vor dem Professor, der in seinem Arbeitszimmer das rings mit Büchern bestell-

war, arbeitete. Philipp war dieser Raum so wohlbekannt, und an dem kleinen Tischchen hier in der Ecke hat er so oft gefessen und Exzerpte gemacht, nun stand er so fremd darin und geniert.

Der Professor war liebenswürdig wie immer.

„Was bringen Sie, Herr Kaiser?“

Philipp fand nicht gleich Worte, obgleich er sich genau zurechtgelegt hatte, wie er beginnen sollte. Er zupfte sich an den Rocktaschen und stammelte etwas, dann sagte er fest und deutlich heraus: „Ich komme, Herr Professor, um Ihnen einen schweren und festen Entschluß mitzuteilen.“

Der Professor sah ihn an. Dann lächelte er ein wenig. „Sie sind aufgeregt. Nehmen Sie es nicht so wichtig. Kommen Sie, setzen Sie sich zuerst in aller Ruhe hin, und dann sprechen wir wie gute Freunde mit einander.“

Philipp verwirrte das zuerst. Er setzte sich auf die Chaiselongue und sah ziemlich hilflos zu Boden.

Der Professor brachte Zigaretten und bat ihn, zu rauchen. Er begann damit. Und nun ward im blauen den freisenden Rauch bald alles leichter.

„Also, was haben Sie?“

„Ich muß die Arbeit bei Ihnen aufgeben, Herr Professor!“

„Und warum? Beugt sie Ihnen nicht? Sie ist mühsam und langweilig — und Sie kommen zu keinem rechten Lebensgenuss dabei. Ich habe das selbst schon gedacht. Aber was veranlaßt Sie?“

Philipp tat einen tiefen Zug und schluckte den Rauch. „Nein das ist's nicht. Aber ich muß Ihnen offen sagen, Herr Professor, ich komme so nicht zum Ziel. Mein Ziel ist ein baldiges Examen.“

„Ja?“

„Ja! Ich bin arm — ich besitze gar nichts, habe eine arme Mutter, die schwer arbeiten muß, sich selbst durchzubringen und sich noch so viel abknappst, mir dann und wann etwas zu schicken. Das litt ich freilich in letzter Zeit nicht mehr, ich verdiente genug durch meine Arbeiten. Meine Schulden konnte ich nicht abtragen, aber ich konnte leben.“

Er machte eine Pause, und wartete, ob der Professor

etwas einwerfen würde. Aber er tat es nicht. Er hatte den Oberkörper vorgebeugt und die Arme auf die Knie gestützt und rauchte zhmlich häufig seine Zigarette. Er sah nicht auf und wartete ruhig, bis Philipp weiterfuhr. Nun tat er's denn.

„Ich muß möglichst rasch in den Beruf hineinkommen. Das ist's. Das ist das Ziel. Und so gerne ich bei Ihnen arbeite, so werde ich doch durch die Arbeiten von diesem Ziel abgelenkt. Darum mein Entschluß, so schwer er mir wird.“

Der Professor wippte ein paarmal mit den Fußspitzen. Dann rückte er seinen Stuhl näher und sagte:

„Sie haben recht und ich verstehe Sie. Ich war selbst arm und ich weiß, wie das ist. Neben mir wie gute Freunde. Es kann sein, daß es das beste wäre, wie Sie es meinen. Es ist auf jeden Fall der rascheste Weg. Aber hören Sie einmal — ich habe auch schon über Ihre Zukunft nachgedacht. Sehen Sie, wenn ich mein Werk vollenden kann, werde ich Autorität genug haben, bei der Regierung eine psychiatrische Klinik an der Universität durchzusetzen. Das ist mein Traum und Plan. Dann lebe ich arbeiten. Theorie ohne Praxis ist einfach Unsinn. Gemügt den Leuten am grünen Tisch, aber uns nicht. Es ist purer Egoismus von mir, daß ich nicht Ihren Plan ausgeführt sehen möchte, sondern meinen.“

„Ja, aber, Herr Professor —“ warf Philipp ein.

„Warten Sie nur einmal. Mein Werk müßte möglichst bald fertig werden. Die ersten Bogen könnte ich schon in Druck geben. Helfen Sie mir weiter. Die psychiatrische Klinik muß kommen, auf jeden Fall. Werden Sie Psychiater statt Landarzt. Wie?“

Philipp wußte nicht.

„Ich will Sie nicht beeinflussen. Man muß Lust dazu haben. Wozu hatten Sie die meiste Lust?“

„Zur Chirurgie, glaube ich.“

„Zur Chirurgie! Ist ja vorzüglich — sie ist in einer psychiatrischen Klinik so notwendig wie jede andere Behandlung. Aber Sie haben keine Abneigung gegen die Psychiatrie?“

„Nein, das nicht, im Gegenteil, sie interessiert mich sogar sehr.“

(Fortsetzung folgt.)

beitsparteien, Reformismus, Marxismus, Kommunismus, Demokratische und Sozialistische Fortschrittler: Dr. Hellmuth Kalkenfeld, Kurstagabend: Freitag.

3. Schulfrauen der Gegenwart. Die heutige Schule und der Sozialismus. Einheitschule und die heutige Schulart. Schule und Wirtschaft. Gegenwartsaufgaben. Vortragende: Dr. Anna Elemen, Kurstagabend: Montag.

4. Seminar. Theorie und Praxis der modernen Arbeiterbewegung. Leiter des Seminars: Alexander Stein, Kurstagabend: Donnerstag.

Au diesem Kursus werden nur Hörer mit Vorkenntnissen zugelassen. Es wird zunächst an die bisherigen Hörer der Kurse des Genossen Stein gedacht, aber auch andere Hörer, die sich Vorkenntnisse erworben haben, werden zugelassen. Bei der Anmeldung bitten wir um Angabe, welche Wissensgebiete bisher beherrscht wurden.

Die Anmeldungen zu sämtlichen Kursen muß schriftlich oder mündlich im Büro der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, geschehen, geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Der Vortragsbeitrag beträgt 25 M. für den Kursus und muß bei der Anmeldung entrichtet werden. Arbeitslos, erhalten Ermäßigung oder Freikarte.

Die Kurse beenden in der Woche vom 16. bis 21. Oktober mit Ausnahme des Kurses: Schulfrauen, der am Montag, den 20. November, beginnt.

Wehr wie ich bedarf der Sozialismus wissenschaftlich geprüfte Kämpfer, wir erwarten daher rege Teilnahme an unseren Kursen.

Kursuslokal für sämtliche Kurse: Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16-17.

Einschränkungen bei der Feuerwehr

Die Berliner Feuerwehr ist wie alle anderen städtischen Verwaltungen gezwungen, ihren Betrieb auf das Notwendigste zu beschränken. Durch Zusammenfassung der sämtlichen Hilfsmittel in Groß-Berlin und die damit verbundene anderweitige Einteilung der Antriebskräfte der einzelnen Feuerwachen war es bereits möglich, drei große Wachen und eine kleinere völlig stillzulegen und dadurch den zu unterhaltenden Bestand an Mannschaften und Fahrzeugen erheblich herabzusetzen. Derartige Einschränkungen sind jedoch so begrenzt, daß die Feuerbereitschaft der Stadt davon nicht berührt wird. — Auch in der Art des Betriebes werden jetzt wieder durchgreifende Maßnahmen getroffen, um hauptsächlich durch Beseitigung des noch vorhandenen kostspieligen Pferdebetriebes Ersparnisse zu erzielen. Für einen Wartebetrieb wie die Feuerwehr ist die Pferdehaltung außerordentlich unwirtschaftlich und ist daher schon aus Sparsamkeitsgründen schleunigste Beseitigung geboten. Die Pferdehaltung erfordert auf der Brandstelle Bereitstellung besonderer Pferdehalter, während die Fahrer der Automobilsfahrzeuge zur Brandbekämpfung mit herangezogen werden. In Alt-Berlin wird in den nächsten Tagen der letzte bespannte Wägen in der Linientraße durch Automobilsfahrzeuge ersetzt werden; dann sind nur noch fünf bespannte Spezialfahrzeuge (Schlauch- und Rettungswagen) vorhanden. Aber auch hierfür sind die entsprechenden automobilen Ersatzfahrzeuge in Arbeit und werden noch bis zum Ende des Jahres in Dienst gestellt werden. Alsdann ist für Alt-Berlin die feinerzeit durch den Krieg unterbrochene Automobilsicherung völlig durchgeführt. Bei den Wehren der Außenbezirke sind noch eine Anzahl der Fahrzeuge mit ständiger Pferdebespannung, deren Beseitigung in möglichst kurzer Zeit angestrebt wird.

Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte

auf der Strassenbahn ist seit dem 15. d. M. eingeführt worden. Trotz der an sich hohen Einzelpreise ist sie jedoch, soweit es sich bis jetzt überlegen läßt, nur in äußerst geringem Umfang in Anspruch genommen worden. Selbst in ausgedehnten Arbeiterbezirken, wie Oberschneewitz, Köpenick, Trenzow und Neukölln sind nur verhältnismäßig wenige Karten zu den ermäßigten Sätzen verkauft worden. Nur im Strassenbahnverkehr nach und von Spandau ist eine größere Annahmehöhe der Fahrpreisermäßigung zu verzeichnen, wo zahlreiche Kriegsbeschädigte sich auf ihren Antrag hin einen Ausweis mit Lichtbild haben ausstellen lassen. Die geringe Benutzung der Fahrpreisermäßigung auf der Berliner Strassenbahn mag zum größten Teil wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Kriegsbeschädigten vielfach nicht unterrichtet worden sind. Der Bezirksfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte sind neben dem Nachweis, daß das Jahreseinkommen nicht höher als 50000 Mark ist, noch vorzulegen: ein Antrag, in dem das Leiden, die Höhe der Rente/Entschädigung enthalten sein muß, und ein Lichtbild. Darauf erhält der Kriegsbeschädigte den Ausweis, der zunächst bis zum 31. Dezember d. A. gilt. Zu diesem Termin und dann weiter je vierteljährlich muß der Kriegsbeschädigte eine Bescheinigung über die Höhe seines Einkommens bringen, um die Fahrpreisermäßigung für das nächste Vierteljahr zu erhalten. — Hierzu wird uns noch von anderer Seite geschrieben: Die Benutzung der Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte ist, soweit dies zu überlegen ist, äußerst gering. Einmal sind in der Zahl der Bescheinigten alle diejenigen ausgeschlossen, die bei der Neuerteilung der Rente weniger als 40 v. d. d. erwerbsunfähig geschrieben worden sind. Der überwiegende Teil der Kriegsbeschädigten scheidet also von vornherein aus, da die Neuerteilung der Rente auch bei Amputationen meist eine Kürzung der Rente bedingt hat. Andererseits aber ist auch die Mindesteinkommensgrenze so niedrig festgesetzt worden, daß jeder etwa ein bis zwei Dausdriener diese Einkommensgrenze heute bereits überschritten hat, die auf 50000 Mark jährlich, also auf etwa 4200 Mark monatlich, festgesetzt ist. Eine Besserung in der Hinsicht wäre der Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte also noch zu wünschen.

Austritte aus der Partei

In der letzten Fraktions Sitzung der Stadtverordnetenfraktion gaben die Genossen Justin Braun, Dr. Kowitz und Genossin Lungwitz die Erklärung ab, daß sie in die Vereinigte Partei nicht eintreten würden. Die Genossen scheideten damit aus der Fraktion und Partei aus. Wir bedauern diesen Austritt, da jede neue Zerstückelung nur im Interesse der Gegner der Arbeiterklasse liegt.

Volkstunhabende in Lichterberg. Der städtische Ausweis für Kunst- und Volkstunhabende beim Bezirksamt Lichterberg veranlaßt im Winter 1922/23 wie in den Vorjahren eine Reihe von Volkstunhabenden. Als Mitwirkende sind zu nennen u. a.: das Blüthner-Orchester, Kapellmeister Wörke vom Charlottenburger Opernhaus, die namhaftesten deutschen Vortragskünstler und hervorragende Opernisten. Als besondere Veranstaltung außerhalb des Abonnementes ist ein Anlauf zur Einführung in Boaners „Der Ring des Nibelungen“ vorzulegen, dessen Vortragsstell Kapellmeister Eduard Wörke übernommen hat. Der Spielplan umfaßt in diesem Winter außerdem für jede Abonnementreihe je zwei Vorkellungen im Staats-Schauspielhaus am Gendarmenmarkt. Abonnementkarten für je 8 Abende sind bis höchstens zum 10. Oktober 1922 zum Preise von 300 M. in den bekannten Verkaufsstellen in Lichterberg, Friedrichsfelde, Karlshorst und den übrigen Ortsteilen des Verwaltungsbereichs zu haben, außerdem in der Geschäftsstelle, Möllendorfsstraße 5, Luisenpark III, Zimmer 11, (Amt 91 1287.)

Gewerkschaftliches

Die Gehaltsdifferenzen der Magistratsangestellten

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Das Nachrichtenamt Berlin verbreitet eine Notiz über die Tarifverhandlungen für die nicht händlichen Angestellten des Magistrats.

Au dieser Mitteilung wollen wir zunächst bemerken, daß leider über September nicht verhandelt werden konnte, weil es der Magistrat Berlin über die Augustlöhne nicht zu einer Verständigung kommen ließ. Weiter bringt der Magistrat in dieser Notiz zum Ausdruck, daß die Gehaltsdifferenzen der Angestellten sich nach wie vor der Regelung der Staats- und Kommunalangestellten anpassen. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil, der Kernpunkt des Streites liegt darin, daß der Magistrat seinen Angestellten eine wesentlich schlechtere Einaruption zuzumuten, als sie nach dem Tarifvertrag für die Reichs- und Staatsangestellten seit Jahr und Tag besteht. Jedes geldliche Angebot machte bisher der Magistrat durch die Stellungnahme der Einaruptionen illusorisch. Die Notiz des Magistrats ist deshalb irreführend.

Wenn ferner der Magistrat behauptet, daß der endgültige Vergleich der Angestelltenvereinsgruppen mit den Gruppen der händlichen Beschäftigten noch einer allgemeinen Regelung vorbehalten bleibt, so wiederholt sich hierbei dasselbe alte Spiel, das im Vorjahr mit den Angestellten der händlichen Werke getrieben worden ist, und damals zu einer einmaligen Streikbewegung geführt hat. Der Zentralverband der Angestellten ist seit Monaten bemüht, unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die für den Magistrat bestehen, einen Ausgleich herbeizuführen. Als unfair muß es aber jetzt bezeichnet werden, wenn der Magistrat die Öffentlichkeit mit Nachrichten bedient, die erkennen nicht den Tatsachen entsprechen und weiters erkennen lassen, daß der Magistrat Sondalitionen und Gelbe gegen die freie Gewerkschaft auszuspielen verliert. Aber auch das kann nur die Wirkung haben, daß er seine Betriebe schmerzhaften Erschütterungen aussetzt.

Der Magistrat beachtet ein schweres Unrecht, wenn er seinen Angestellten zuzumuten, sich für die gleiche Löhntafel schlechter bezahlen zu lassen, als die Beamten, die an ihrem Lohn noch die Pensionsberechnung haben.

Der Zentralverband der Angestellten als freie Gewerkschaft wird dazu niemals seine Hand bieten. Er läßt sich auch durch das Mandat gewisser Magistratsbeamten nicht breitschlagen durch Neuauflerung der Septemberlöhne für August Gehaltsätze anzuerkennen, von denen ein ehrlicher Mensch nicht leben kann; dies um so weniger, als die Angestellten diese Löhne erst im September ausbezahlt erhalten. Ein solches Verhalten überläßt wir der Union der Kopf- und Handarbeiter und den Gelben, mit denen der Magistrat jetzt paktiert. Wir wollen einmal sehen, ob der Magistrat in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung etwas derartiges aushält.

Bauernfängerei der Deutsch-nationalen Volkspartei

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin, schreibt uns:

Die Deutsch-nationale Volkspartei wird durch die folgenden, von ihr betriebenen Praktiken in ein belächelndes Licht gesetzt. Die Partei legt besonderen Wert auf die Aufnahme von Mitgliedsbeiträgen von Arbeitern. Sie ist dabei auf die falsche Idee gekommen, Arbeitslose durch eine, in der Schellingstraße 1 betriebene Stellenvermittlung zu Mittglidern der Deutsch-nationalen Volkspartei zu pressen. Die Notlage der Arbeitslosen wird so in triviale Weise für die volksfeindlichen Zwecke dieser politischen Partei ausgenutzt. Neuerdings dehnen die Deutsch-nationalen ihre Vermittlungsaktivität auch auf das Gastgewerbe aus. Am Mercedes-Palast und im Weinhaus Diller hat sich folgendes abspielte: Vom städtischen Arbeitsnachweis vermittelten Arbeiter wurde angeworben, vor ihrer Einstellung Mitglied der Deutsch-nationalen Volkspartei zu werden und sich in der Schellingstraße 1 den Mitgliedsausweis zu holen. Dabei wird der städtische Arbeitsnachweis nur als Notnagel benutzt, weil von der Deutsch-nationalen Volkspartei völlig unbrauchbare Leute vermittelt werden.

Wir warnen die nationalsozialistischen Angestellten dringend, sich durch das Bauernfängereit in der Schellingstraße vermitteln zu lassen, weil den Herrschaften dadurch auch die Vermittlung brauchbaren Personals ermöglicht wird. Sache der gewerkschaftlichen Organisationen und der Angestellten des Betriebes wird es sein, mit der Direktion des Mercedes-Palast kein Deutsch-nationales, aber ein ernstes deutsches Wort zu reden. Dringend notwendig wird es ferner sein, daß sich die in Frage kommenden Behörden mit dem falschen Arbeitsnachweis in der Schellingstraße beschäftigen.

Sozialversicherung, Gewerbe- und Sozial-Hygiene

Schon durch das BGG. (§§ 668 und 77) ist dem Betriebsrat die Aufgabe gestellt, „auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten“ und bei Unfalluntersuchungen mitzuwirken. Darüber hinaus ist es aber auch Aufgabe des Betriebsrates, die Kollegenschaft seines Betriebes zu beraten und sie auf alle ihr aus der Sozialversicherung zustehenden Rechte hinzuweisen.

Um die Betriebsräte und jeden einzelnen sich für dieses Gebiet interessierenden Kollegen in dieser Arbeit zu unterstützen, werden in dem am 2. Oktober neubeginnenden Unterrichtsabschnitt der Kreisgewerkschaftlichen Betriebsräte-Schule folgende Kurse stattfinden: Gewerbe-Hygiene, Sozial-Hygiene, Krankenversicherung und Wohlfahrtspflege. Hörsalarien sind zum Preise von 15 Mark (für Arbeitslose unentgeltlich) im Büro der Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1 Tr., erhältlich. Dort finden auch Montags und Freitags von 4-7 Uhr Beratungs-Sprechstunden statt.

Freiengewerkschaftliche Betriebsräte-Schule.

Beendigte Lohnbewegung im Textilgroßhandel

In einer äußerst hart besetzten Versammlung nahmen die Dandelsbühnenarbeiter des Textilgroßhandels noch einmal Stellung zu dem Veraleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses. In kürzlicher Erregung veranlaßt die Mehrheit, daß wegen des ablehnenden Verhaltens der Arbeitgeber sofort der Streik beschlossen wird.

Nach erfolgter ablehnender Abstimmung erhielt die Branchenleitung den Auftrag, in den nächsten Tagen die Entscheidung zu treffen. Trotzdem abermals der Vorschlag der Vertrauensleute, den bereits demillierten Vorschlag nicht in Abtina zu bringen, von den Arbeitgebern erneut amnestisch einstimmt abgelehnt worden ist, entschied sich die Branchenleitung, da die Geltungsdauer des Vertrages (30. September) bald abgelaufen ist, und neue Verhandlungen für den Oktober umgehend stattfinden müssen, den Veraleichsvorschlag

für verbindlich anzuerkennen. Für den Streik stimmte wohl eine große Majorität. Die Kampfmehrheit vorzuschreibende Dreiviertel-Majorität war jedoch nicht ganz erreicht. Der Abzug des Vorschlages soll laut Mitteilung der Arbeitgeber in durchaus sozialer Weise geschehen.

Die neuen Abkommen sind im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelauer 24/25, Zimmer 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Streik in den Kupferschmiedereien beendet

In der am Montag im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung der streikenden Kupferschmiede, wurde über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts berichtet. Der Schiedspruch des Einigungsamtes, der eine 20prozentige Erhöhung der Löhne für die Zeit vom 16. bis 30. September und eine 40prozentige Erhöhung für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober vorsieht, entspricht nicht voll den Wünschen der Arbeiter, aber in Anbetracht der geringen Differenz zwischen Forderung und Schiedspruch steht die Streikleitung auf dem Standpunkt, den Arbeitgebern zu empfehlen, den Schiedspruch anzunehmen, und den Streik damit zu beenden. Der Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde der Schiedspruch von verschiedenen Rednern als nicht weitgehend genug bezeichnet, aber in geheimer Abstimmung mit Stimmenmehrheit angenommen, so daß damit der Streik beendet und die Arbeit am Mittwoch früh, wieder aufgenommen wurde.

Kupferschmiede, Richtung Amsterdam

Au der am Donnerstag stattfindenden Wahl der unabhängigen Zentral-Vorstandsmitglieder sowie zur Wahl der Prekommission wurden als Kandidaten für den Zentralvorstand die Kollegen: Tamm, Heinrich, Baoner, John, Schloffer, Kühn, Dieder, für die Prekommission die Kollegen Krause, Paes, Kühne, Tschke, vorgeschlagen. — Es wird erwartet, daß die Kollegen, soweit sie auf unserem Boden stehen, den Ernst der Situation erkennen und durch zahlreiche Besuch der Versammlung den Anhängern der Moskauer Internationale unmissbar machen werden, unsere kleine Dachorganisation in ihr Fahrwasser hineinzuführen.

Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Sonnabend 6 1/2 Uhr findet in der Schulaula Humboldt-gymnasium, Varientstr. 5, eine Konferenz sämtlicher Funktionäre einschließlich der Generalversammlungsdirektoren des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Amsterdamer Richtung statt. Gegen der wichtigen Tagesordnung, die in der Versammlung bekanntgegeben wird, ist das Erscheinen aller unbedingte Pflicht. Der Fraktionsvorstand.

Kommunal-Betriebsräte!

Freitag, nachm. 4 Uhr, Vollversammlung: a) für Arbeiter im Saal 4 (Großer Saal des Gewerkschaftshaus), b) für Angestellte im Saal 5 (ebendort). Tagesordnung: 1. Einsetzung der Wahlvorstände, 2. Aufstellung der Wahllokale für die Wahl des Gesamtbetriebsrats. Nach der Entscheidung dieser Tagesordnungsgegenstände gemeinsame Vollversammlung beider Gruppen im Großen Saal. Tagesordnung: Entschärfung von zwei Vorträgen, a) über Volksklimabühne, b) über Arbeiterbildungswesen. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

Der geschäftsführende Ausschuss.
A. A. von Schwanebeck, von Palm.

Deutscher Hofarbeiterverband — Musikinstrumentenmacher. Am Donnerstag, den 28. September, nachmittags 5 Uhr, findet im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147, eine Funktionärerversammlung statt, an der alle Vertrauensleute, Betriebsräte und Generalversammlungsdelegierte teilzunehmen haben. Tagesordnung: Stellungnahme zur ablehnenden Haltung der Unternehmer. — Die Branneleitung.

Parteiveranstaltungen

Pressekommission: Sitzung am Sonnabend, den 30. September 1922, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2. — Geschäftsführender Ausschuss: 1/2 Stunde früher.

Donnerstag, den 28. September

Berlin-Bezirks-Vereinsrat. Abends 7 Uhr bei Frau, Tagelager Straße 71, Zusammenkunft der Beamten, Redner und Angestellten.

Direkt Reichsverband. Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Genossin, Grapowitsch, Berlin-Bezirk, Alexanderstr. 44, Mitgliedserversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.

Tempelhof-Bezirksrat. Mitgliedserversammlung abends 8 Uhr, Schlußstr. 1, Abends 7 Uhr, Bericht vom Parteitag, 2. Diskussion.

Freitag, den 29. September

Regel Mitte, 1., 2., 3. Bezirk. Mitgliedserversammlung abends 7 Uhr im Marienbader Hof, Rosenbühlstr. 11/12. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Diskussion, Referent: V. Brandel.

4. Verwaltungsbereich, 11., 12., 13., 14. Bezirk. Abends 7 Uhr Mitgliedserversammlung im Saal der Bezirksversammlung Langener Straße 63. Vortrag des Gen. Sekretärs Wölger über: „Das Reichsmitgliedsrecht und seine Ausübung am 1. Oktober.“

Hilfsrat Stadt u. Land. Abends 7 Uhr Vollversammlung der Kommunalen Kommission im hiesigen Rathaus, Zimmer 25. Tagesordnung: Vorschlag über die Ausweitung des Reichsmitgliedsrechts, 2. Diskussion, 3. Verlesung.

5. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Mitgliedserversammlung abends 7 Uhr in der Germania-Brauerei, Rantzauer Allee 312. Vortrag des Genossen Stabrat Koffin über das Reichsmitgliedsrecht. Schließendes Erscheinen erwünscht.

Sonnabend, den 30. September

11. Bezirk. Abends 6 1/2 Uhr veranstaltet die Jugend eine Begrüßungsfeier für die Schuljungen in der Schulaula Schillingstraße 14. Die Genossen und Genossinnen werden ermahnt, recht zahlreich zu erscheinen.

Vereinskalender

Donnerstag, den 28. September

Nach der technischen Angelegenheiten und Besuchen. 7 1/2 Uhr Versammlung des Berufsverbandes der Laboratoriumstechniker in der Wasserturmstraße 31.

Freitag, den 29. September

Verband der Gemeinen- und Staatsbedienten. Abends 10. Part und Liedfest. Abends 6 1/2 Uhr bei Hddr. Weberstr. 17. Versammlung der Stiten um volksmäßiges und pünktliches Erscheinen. Die Branchenleitung.

Jugendbewegung

Bez. Professionsjugend Groß-Berlin. Der Jahrgangabend des Berufsbezugs in der Arbeiter-Bildungsschule beginnt heute abend schon um 7 Uhr.

Gewerkschaftliche Professionsjugend. Donnerstag, 28. September, 1/2 Uhr. Sitzung der Bezirksjugend im Rindenschlag, Rindenschlag 2. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kaus, Berlin; für den Inhalt: Verantwortlich und geschäftliche Mitteilungen: Karl Redler, Berlin; — Betriebs-Gewerkschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin — Druck von Gehring & Reimers, e. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstr. 78.

Schlechte Stoffe im Blut

auswählige, Pektin, Hämorrhoiden, Rheuma. Diese verschwinden nach einer gründlichen Blutreinigung mit Sulfidol Dr. Strahl's Hausteil, welcher den Organismus gründlich reinigt und durch ein Urin die so-wohl ein Stützpunkt ausmacht. Er ist jährlich gründlich zu reinigen, und Auffrischung ist jedem zu empfehlen, welcher Wert auf Gesundheit legt. Originalpaket Mk. 25.— (Eine Kur von vier Paketen = Mk. 75.—). Zu haben in der

Elefant-Apotheke Berlin SW 19, Leipziger Straße 24 (am Dönhofsplatz)